

Die Fragen stellte Clara Schlotheuber, 22, Politikstudentin aus Bad Iburg.

*Clara Schlotheuber:*

*Hinter uns liegt ein schwieriges Jahr für die Euro-Zone und für die EU. Aber jetzt gibt es einen Lösungsansatz: die Bildung einer Stabilitäts- und Fiskalunion. Was muss jetzt noch passieren, um die Krise zu bewältigen?*

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Also, es ist in der Tat ein sehr kompliziertes Jahr gewesen. Aber ich glaube, man kann sagen: In diesem Jahr ist Europa auch enger zusammengerückt – und ganz besonders die 17 Mitgliedstaaten der Euro-Zone. Jetzt müssen wir natürlich die Verträge, die wir vereinbart haben, auch wirklich umsetzen. Sie müssen überall in den nationalen Parlamenten auch abgestimmt werden. Und wir müssen uns dann in Zukunft vor allen Dingen an diese Regelungen halten. Und das wird nicht immer ganz einfach sein. Als nächstes müssen wir uns dann um Wachstum kümmern, und zwar darum, dass wir wieder Wachstum generieren, dass wir in die Zukunft investieren – möglichst nicht auf Pump natürlich – und dass daraus Arbeitsplätze entstehen. Denn gerade die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist noch viel zu hoch, im Durchschnitt 20 Prozent. Und da müssen wir etwas tun.

*Im März erlebte Deutschland am Frankfurter Flughafen den ersten islamistisch motivierten Anschlag, und inzwischen wissen wir auch, dass rechtsextremistische Terroristen gemordet haben. Welche Maßnahmen ergreift die Regierung?*

Ja, das war im März ein großer Schock. Und ganz schwierig war natürlich die Erkenntnis, dass über zehn Jahre Mitbürger ausländischer Herkunft ermordet wurden und das nicht aufgeklärt werden konnte. Jetzt sind wir mit der Aufklärung ganz massiv dabei: Hunderte von Beamten des BKA der Länderbehörden tun alles, um den Angehörigen der Opfer auch dahingehend wenigstens gerecht zu werden, dass man die Täter beim Namen nennt und auch die Hintermänner beim Namen nennt. Wir müssen insgesamt aufpassen, dass wir allen Anflügen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsradikalismus ganz entschieden begegnen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Behörden – das ist es –, aber es ist auch eine Aufgabe der ganzen Zivilgesellschaft. Und deshalb möchte ich am Jahresende auch allen danken, die sich in diesem Bereich engagieren. Das sind viele, viele Menschen, die mit Courage allen extremistischen Tendenzen entgegentreten.

*Die Atomkatastrophe in Fukushima hat die Energiewende in Deutschland beschleunigt. Haben Sie nicht die Befürchtung, dass die deutsche Energieversorgung nun bedroht ist?*

Wir sind einen mutigen Schritt gegangen im Zusammenhang mit dem schrecklichen Vorfall in Fukushima. Wir haben uns jetzt parteiübergreifend auf ein Ausstiegsdatum für die Kernenergie verständigt – Anfang des nächsten Jahrzehnts. Und das heißt, wir müssen es bis dahin schaffen, Ersatzinvestitionen zu platzieren. Und wir müssen vor allen Dingen das Zeitalter der erneuerbaren Energien mit aller Vehemenz schaf-

fen. Um das hinzubekommen, brauchen wir auch neue Stromtrassen, brauchen wir Speichermöglichkeiten. Das heißt, wir brauchen eine neue Infrastruktur. Und da haben wir alle noch sehr, sehr viel zu tun. Also ich glaube, wir brauchen jeden in der Gesellschaft. Möglichst viele sollten mit Elan mitmachen, um diese Energiewende auch zu schaffen. Denn wir wollen Industriestandort bleiben, der Strom soll bezahlbar bleiben, er soll gleichzeitig aus erneuerbaren Energien kommen – und da haben wir alle Hände voll zu tun.

*In Ihrer Haushaltsrede haben Sie auf den Bevölkerungswandel in Deutschland hingewiesen. Dazu hat die Regierung nun auch einen Bericht vorgelegt. Und eine Demografiestrategie soll folgen. Was wollen Sie damit erreichen?*

Ich glaube, dass der Bericht erst einmal gezeigt hat, wie stark sich unser Land verändern wird. Wir werden zum Beispiel bald nur noch die Hälfte der Schüler haben, oder zumindest 30 Prozent weniger, in den neuen Bundesländern zum Teil nur die Hälfte. Das bedeutet, dass wir uns um jeden einzelnen jungen Menschen wirklich kümmern müssen. Das bedeutet, dass junge Menschen auch mehr Solidarität schultern müssen. Das bedeutet, dass die Älteren auch mehr leisten müssen, zum Beispiel Veränderung der Arbeitsdauer bis zum 67. Lebensjahr – Schritt für Schritt. Und gerade um die ländlichen Regionen werden wir uns kümmern müssen, damit nicht ganze Regionen dann nur noch von älteren Menschen bewohnt werden. Deshalb müssen wir zum Beispiel die medizinische Versorgung im ländlichen Raum im Auge haben, deshalb müssen wir die Breitbandversorgung im ländlichen Raum im Auge haben. Das alles werden ganz neue Herausforderungen sein, aber wir wollen das auch als Chance für unser Land nutzen.

*Das Internet hat im Arabischen Frühling eine große Rolle gespielt, wie wir wissen. Was bedeutet das für andere autoritäre Regime wie für Syrien oder den Iran?*

Ich glaube, dass sich durch die Möglichkeiten des Internets einfach die Freiheit schneller verbreiten wird in der Welt. Und das haben wir im Arabischen Frühling gesehen – in Ägypten, in Tunesien, in anderen Ländern und jetzt auch in Syrien. Es ist ganz wichtig, das möglichst bald auch eine Verurteilung der Gewalttaten von Herrn Assad im Weltsicherheitsrat stattfindet. Die Freiheiten des Internets machen Menschen auch freier, sie bringen Menschen zusammen, die sich vielleicht nie kennengelernt hätten. Und das hat den Siegeszug der Freiheit befördert. Aber es bleibt noch viel zu tun auf der Welt.